

Tagesbericht.

1. November.

Die Weisheit
Friedrichs des Großen.

O. „Die Religionen müssen alle Tolleriret werden, und Mus der Fiscal nuhr das Auge darauf haben, das keine der andern abrug Tuhe, den hier mus ein jeder nach Seiner Fasson, Selich werden.“ Also schrieb mit seiner charmanten Orthographie und überlegenen Staatsweisheit in seinem ersten Regierungsjahre 1740 König Friedrich II. von Preußen, der spätere Friedrich der Große, an den Rand eines Aktenstücks. Hätte er anders gedacht und anders regiert, so wäre Preußen ein protestantischer Mittelstaat geblieben und hätte sich nicht durch Aufnahme katholischer Gebiete Schlesiens, Polens und der Rheinlande zur deutschen Großmacht entwickeln können.

Diese Woche ist nun, wenn unsere ersten Informationen nicht trügen, Adolf Hitler durch seine Stellungnahme zum evangelischen Kirchenstreit mit gutem politischem Instinkt in die Fußstapfen des Alten Fritz getreten. Seine „Stellungnahme“ scheint darin zu bestehen, daß er nicht Stellung bezieht, daß er kein weiteres Interesse mehr an den Vorgängen in der Deutschen Evangelischen Kirche nimmt. Damit enttäuscht er wohl beide Kampfparteien. Aber damit handelt er, der Katholik ist, gegenüber dem deutschen Protestantismus so, wie er als Staatsmann nicht wohl anders handeln konnte.

Eine kirchliche Parteinarahme war für Hitler eigentlich schon im Hinblick auf seine eigene politische Partei ausgeschlossen. Die N. S. D. A. P. ist, soweit sich ihre Mitglieder überhaupt für kirchliche Dinge interessieren, vorwiegend nach den um Reichsbischof Müller gescharten Deutschen Christen orientiert. Aber keineswegs ausschließlich! Auch die Bekenntniskirche hat in den Reihen der nationalsozialistischen Partei sowohl Norddeutschlands als ganz besonders Bayerns und Württembergs einen starken Anhang. Auch sonst ist die Gleichhaltung innerhalb der Partei durchaus nicht perfekt. Es bestehen Divergenzen auf wichtigen Gebieten der Wirtschaftspolitik, der Innen- und Außenpolitik. Diese muß Hitler als politischer Führer einzuebnen trachten. Desto weniger Grund hat er, in einer rein geltigen Sphäre, wo äußerer Druck erfahrungsgemäß besonders hart empfunden wird, einen Teil der Partei, sei es auch nur eine erhebliche Minderheit, gegen sich aufzubringen. Und dann ist er ja nicht nur Parteiführer, sondern auch Oberhaupt eines Staates, dem außer den beiden kämpfenden protestantischen Richtungen auch ganz anders Gesinnte, zum Beispiel unchristliche Deutschgläubige und zwanzig Millionen Katholiken angehören. Schon diese wichtige Tatsache, die man innerhalb und außerhalb des Deutschen Reiches manchmal vergißt, mußte Hitler vor der Uebernahme der Rolle eines protestantischen summus episcopus warnen.

Natürlich war für Hitler der Neutralitätsentschluß, der als Rückzug gedeutet werden kann, keine leichte Sache. Er hatte sich mindestens äußerlich mit Reichsbischof Müller bis zu einem gewissen Grade solidarisiert, und dessen Anhang hatte nicht ermangelt, diese Solidarisierung noch stärker zu unterstreichen, als es in Wirklichkeit gerechtfertigt war. Einen Irrtum nicht zu begehen, ist bekanntlich

weniger schwer als einen Irrtum zu korrigieren. Die Uebertragung der protestantischen Kirchenleitung auf einen Mann, der alles weniger als eine Führerpersönlichkeit ist, war ein entschiedener Irrtum, und die Stützung des Stützungsbedürftigen durch den Scharfmacher Dr. Jäger verbesserte diesen Irrtum nicht. Es brauchte viel kräftiges Selbstvertrauen, um schließlich doch umkehren und die politisch allein richtige Position Friedrichs des Großen beziehen zu können. Hitler scheint dieses Selbstvertrauen zu besitzen. Dafür, ob es gerechtfertigt ist, wird die Nachachtung, die die Neutralitätsparole des Führers bei den nachgeordneten Parteinstanzen und in den Massen des Parteivolks findet, einen vortrefflichen Gradmesser bilden.

Anders wäre die Lage gewesen, wenn die Gegner der Bekenntniskirche mit ihrer Verdächtigung, diese sei im Grunde eine getarnte politische Opposition, recht gehabt hätten. Aber sie hatten eben nicht recht, und davon hat sich offenbar auch der Reichskanzler überzeugt. Es gibt in aller Welt keine staatsfrommere Religion als das deutsche Luthertum. Sein Verhältnis zum Staat richtet sich streng und eng nach dem dreizehnten Kapitel des Römerbriefs: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit, ohne von Gott. Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet. Wer sich nun wider die Obrigkeit setzet, der widerstebet Gottes Ordnung. Die aber widerstreben, werden über sich ein Urteil empfangen“, und so weiter. Auf Grund dieser Mahnung des Apostels Paulus hat man dem Kaiser und hat man der Weimarer Republik gehorcht und gehorcht nun auch Hitler. Uns ausländischen Reformierten kommt es manchmal vor, daneben bleibe die Mahnung des Apostels Petrus ungelesen: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5, 29). Aber für jene Lutheraner hört die Gehorsamspflicht gegenüber der jeweiligen Obrigkeit erst da auf, wo diese in rein kirchliche Dinge hineinregiert. Den staatlichen Arierparagraphen zum Beispiel beanstandet man also nicht, soweit er das Staatspersonal betrifft. Die Opposition richtet sich nur gegen die Anwendung auf das kirchliche Personal. Zu den Vorgängen des 30. Juni hat unferes Wissens keine kirchliche Instanz in Deutschland Stellung genommen. Schon diese Tatsache konnte dem Reichskanzler zeigen, daß er politisch von der Bekenntniskirche nichts zu besorgen hat, wenn er sich im Streite der Kirchenparteien neutral verhält.

Für den deutschen Protestantismus ist die Lage nun so, daß weder seine bekennungskirchliche, noch seine deutschchristliche Richtung sich mit dem herrschenden Regime durchaus überwerfen oder durchaus solidarisieren muß. Diese Wahl bleibt ihm erspart. Er kann sich nach dem Neutralitätsentscheid Hitler auf seine inneren Angelegenheiten zurückziehen, was es seiner historischen Tradition entspricht. Es ist anzunehmen, daß die Gewaltmaßregeln der Alten Jäger abgebaut werden. Dann stehen sich die beiden Richtungen mit gleichen, rein geistigen Waffen gegenüber. Ob diese anständige Konkurrenz in Wäldern zur Versöhnung unter einem vermittlungsfähigen Reichsbischof führen wird, können wir nicht beurteilen. Um den Führer der Deutschen Christen Dr. Kinder scheint Neigung dazu zu bestehen. Die Versöhnung ist im allgemein protestantischen Interesse gewiß wünschbar. Aber vielleicht wäre es nützlich, wenn mit der Anbahnung etwas zugewartet würde, bis die heißen Köpfe kühler geworden sind. Voraussetzung einer solchen Ausruheperiode wäre natürlich der beiderseitige Verzicht auf alles, was den Kampf wieder unnötig verschärfen könnte.

VBA 16641

2